

UMWELTALLIANZ

Medienmitteilung vom 25. Juni 2014

Energieverordnung: Bundesrat bürdet Konsumenten und Wirtschaft unnötige Kosten auf

Der Bundesrat hat heute eine Revision der Energieverordnung beschlossen. Er verpasst aber die Chance auf nennenswerte Einsparungen beim Stromverbrauch. Die neuen Mindeststandards für Geschirrspüler, Computer, Wärmepumpen und andere Geräte gehen den Umweltverbänden zu wenig weit. Statt das Einsparpotenzial von rund acht Prozent des Schweizer Stromverbrauchs zu nutzen, will der Bundesrat entgegen den Erkenntnissen einer Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) nur einen kleinen Bruchteil dieses volkswirtschaftlich interessanten Potenzials umsetzen.

In der Energieverordnung (EnV) bestimmen Mindeststandards den maximal zugelassenen Stromverbrauch von Geräten. Das Potenzial ist gemäss Zahlen der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) gross: Jährlich könnten bis zu acht Prozent des Schweizer Stromverbrauchs (rund zwei Mal die Produktion des AKW Mühleberg) eingespart werden. Mit der heute beschlossenen Revision der EnV wird dieses Potenzial nur zu einem kleinen Bruchteil ausgeschöpft – statt 5000 Gigawattstunden (GWh) mögliche Stromverbrauchsreduktion werden nur rund 675 GWh umgesetzt.

Volkswirtschaftliche Chance vertan

Das Seco hat letztes Jahr die Wirkung der Mindeststandards als Energiesparmassnahme untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass sowohl Unternehmen als auch Konsumentinnen und Konsumenten finanziell profitierten. Jetzt sind die in der Anhörung noch vorgesehenen Standards für Wärmepumpen ganz gestrichen, jene für Motoren verwässert worden.

Damit ist eine grosse Chance vertan. Die Mindestanforderungen sind eigentlich ein sehr wirkungsvolles Instrument des Bundesrates in der Stromeffizienzpolitik. Wenn die Schweiz aber ihre Vorreiterrolle gegenüber der EU aufgibt und die schwachen Anforderungen der EU übernimmt, ist damit niemandem gedient: Konsumentinnen und Konsumenten müssen den höheren Stromverbrauch berappen und Schweizer Unternehmen verlieren einen Absatzmarkt für ihre höchst effizienten Geräte. Und weiter: Die nicht eingesparten Gigawattstunden Strom müssen produziert, transportiert und gespeichert werden – ein unnötiger Stein auf dem Weg zu einer sauberen Stromzukunft.

Die Umweltverbände fordern den Bundesrat und die Behörden auf, die volkswirtschaftlich sinnvollen Instrumente im Sinne der Energiestrategie 2050 auszunutzen und der unnötigen Energieverschwendung damit Einhalt zu gebieten.

Volkswirtschaftliche Massnahmenanalyse zur Energiestrategie 2050, Rütter und Partner im Auftrag des Seco: <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/32544.pdf>

Medienmitteilung der Umweltverbände zur Vernehmlassung EnV-Revision vom 14.1.2014:
<http://www.energiestiftung.ch/aktuell/archive/2014/01/14/energieverordnung-riesiges-stromspar-potenzial-doch-der-bundesrat-zoegert.html>

Für weitere Informationen:

- Patrick Hofstetter, Leiter Klima und Energie, WWF Schweiz, patrick.hofstetter@wwf.ch, 076 305 67 37
- Felix Nipkow, Projektleiter, Schweizerische Energiestiftung SES, felix.nipkow@energiestiftung.ch, 044 275 21 28
- Marco Pfister, Energieeffizienz-Experte, Greenpeace Schweiz, marco.pfister@greenpeace.org, 076 532 73 97
- Michael Casanova, Projektleiter Gewässerschutz und Energiepolitik, Pro Natura, michael.casanova@pronatura.ch, Tel. 061 317 92 29